

Vollversammlung am 3. Dezember 2025

TOP 2 - Bericht des Präsidenten

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

das Jahr 2025 neigt sich dem Ende zu. Ein Jahr, das politisch turbulent begonnen hat. Wir erinnern uns an einen Bundestagswahlkampf voller großer Ankündigungen, die wirtschaftliche Lage verbessern zu wollen.

Es folgte die Wahl – und auch die neue Bundesregierung war nicht müde, Reformbedarf zu benennen und weitreichende Vorhaben anzukündigen.

Doch heute, Anfang Dezember und damit am Ende dieses sogenannten „Herbstes der Reformen“, müssen wir nüchtern feststellen: Wirtschaftlich stehen wir im Grunde dort, wo wir uns bereits Ende vergangenen Jahres befanden. Die gesamtwirtschaftliche Leistung Deutschlands liegt weiterhin auf dem Niveau von 2019.

Der einzige klare Unterschied: Die Schuldenaufnahme ist massiv angestiegen.

Zugleich bestätigt sich zunehmend, wovor wir früh gewarnt haben, als die Diskussion um die Schuldenbremse begann: Im Bundeskernhaushalt werden Mittel von Investitionen in konsumtive Ausgaben umgeschichtet. Mit anderen Worten: Die zusätzlichen Schulden schaffen Spielräume, um schmerzhafte politische Einsparenscheidungen erneut zu vertagen.

Ohne ordnungspolitische Strukturreformen zur Verbesserung unserer Wettbewerbsfähigkeit nützt das ganze zusätzliche Geld nicht!

Ganz besonders sichtbar wird die Reformunfähigkeit im Bereich der Sozialausgaben – und hier vor allem bei der Rente. Wir erleben derzeit, dass mit dem sogenannten Rentenpaket 2025 finanzpolitische Entscheidungen getroffen werden sollen, die die Tragfähigkeit unseres Systems endgültig überdehnen würden.

Schon heute wissen wir: Immer weniger Beschäftigte müssen immer mehr Renten finanzieren. Doch statt Fehlanreize wie die „Rente mit 63“ abzubauen oder das Renteneintrittsalter behutsam an die steigende Lebenserwartung anzupassen, werden zusätzliche Leistungsversprechen gemacht – zu Lasten einer jungen Generation, der wir damit buchstäblich Schulden vererben.

Meine Damen und Herren, das ist nicht nur teuer, sondern das ist auch systemgefährdend. Denn die Konsequenzen wären klar: höhere Beiträge, höhere Steuern und weiter steigende Arbeitskosten. Und das wiederum beschleunigt den Verlust der Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen.

Liebe Vollversammlungsmitglieder, ich sprach bereits die wirtschaftliche Stagnation an. Mir ist wichtig zu betonen: Wir befinden uns nicht in einer konjunkturellen Delle, die wir aus früheren Zeiten kennen, wenn die Weltwirtschaft schwächelt und Deutschland als Exportnation mitgezogen wird.

Nein – die Lage ist diesmal grundlegend anders: Der Weltwirtschaft geht es gut, doch Deutschland profitiert nicht davon. Unsere Güter und Dienstleistungen sind zu teuer und dadurch auf den Weltmärkten weniger gefragt.

Zu teuer sind wir aufgrund hoher Energiepreise, hoher Arbeitskosten, hoher Steuerlast – und eines Bürokratieaufwands, der Unternehmen zunehmend überfordert.

Die weltweite konjunkturelle Erholung geht komplett an Deutschland vorbei! Deutschland hat sich von der globalen wirtschaftlichen Dynamik entkoppelt. Wir können nicht darauf hoffen, dass äußere Faktoren uns zurück auf die Beine helfen. Wir müssen es selbst tun.

Dafür braucht es durchgreifende Reformen – insbesondere beim Bürokratieabbau und zwar nicht nur in Deutschland. Auch die EU überzieht die Wirtschaft mit immer neuen Vorgaben. Die sogenannten Omnibus-Vorschriften zur Entlastung greifen hier zu kurz: Sie ändern nichts an der Grundproblematik, dass Berichtspflichten und Prüfaufträge aus der europäischen Lieferkettenrichtlinie weiter tief in die Wertschöpfungsketten hineinreichen und damit gerade kleinere und mittlere Betriebe massiv belasten. Solange diese Pflichten von großen Unternehmen an ihre Zulieferer durchgereicht werden, entsteht keine Entlastung.

Hinzu kommt, dass parallel bereits neue Vorgaben vorbereitet werden, die zusätzliche Bürokratie schaffen. Weltfremde Regelungen – wie etwa zu „entwaldungsfreien Lieferketten“ – führen zu weiteren Belastungen. Diese Verordnung verpflichtet Unternehmen, nachzuweisen, dass entlang ihrer gesamten Lieferkette kein Wald zerstört wurde – bis hin zu Rohstoffen aus Ländern, in denen Datenlage und Kontrolle äußerst schwierig sind. Genau das macht die Vorgaben für viele Betriebe kaum erfüllbar und schafft erhebliche Rechts- und Kostenrisiken.

In dieser Gemengelage ist klar: Auch das deutsche Lieferkettengesetz muss abgeschafft bzw. vollständig durch ein praxisgerechtes, europäisches Regelwerk ersetzt werden. Solange es fortbesteht, kommen zu europäischen Berichtspflichten zusätzliche nationale Anforderungen hinzu – doppelte Bürokratie, die der Wettbewerbsfähigkeit schadet und für Unternehmen keinerlei Mehrwert bietet.

Auch im Energiebereich drohen europäische Entscheidungen, die die Wettbewerbsfähigkeit weiter schwächen – etwa beim Emissionshandel, wo die kostenlose Zuteilung für international im Wettbewerb stehende Unternehmen auslaufen soll.

Grundsätzlich ist der Emissionshandel ein effizientes Instrument, um Emissionen zu reduzieren – keine Frage. Doch wenn Europa konsequent vermeidet und andere Weltregionen weiterhin ungebremst emittieren, dann hilft das dem Klima nicht und führt zur Abwanderung der Industrie aus Europa.

Genau das macht auch ein neues Positionspapier der IHK-Organisation deutlich, das auf einer wissenschaftlichen Studie basiert, die die DIHK in Auftrag gegeben hat.

Ihr zentrales Ergebnis ist klar: Klimaschutz muss im Einklang mit dem Handeln anderer Industriestaaten erfolgen. Ambitioniert darf man sein – aber es braucht Haltepunkte, an denen man überprüft, ob andere folgen. Das Papier der DIHK finden Sie in den Sitzungsunterlagen in unserem IHK-Ehrenamtsportal.

Derzeit sehen wir leider keine nennenswerten Nachahmer. Das lässt mir einen einzigen Schluss zu: Die Art und Weise, wie wir in Deutschland versuchen mit der Energiewende und Klimaschutzpolitik unsere Wirtschaft auf einem bestimmten Transformationspfad in Richtung Klimaneutralität zu steuern, finden andere Länder nicht attraktiv genug, um uns zu folgen! Wir sollten deshalb im Gleichklang mit unseren Wettbewerbern handeln und vor allem technologischen Fortschritt zulassen.

Eine Technologie, die dabei eine zentrale Rolle spielen kann, ist die CO₂-Abscheidung mit anschließender Speicherung oder Nutzung, das sog. CCS und CCU. Die Bundesregierung hat hierfür nun den rechtlichen Rahmen geschaffen, und auch das Land Sachsen-Anhalt arbeitet an einer entsprechenden Strategie.

Wir als IHK haben uns intensiv in diesen Prozess eingebracht und vor allem auf die nötigen infrastrukturellen Voraussetzungen und Unterstützungsbedarfe hingewiesen. Ebenso auf die Bedeutung gesellschaftlicher Akzeptanz – denn ohne breiten Rückhalt werden konkrete Vorhaben scheitern.

Im Großen und Ganzen ist das, was die beteiligten Landesministerien vorgelegt haben, solide und zu begrüßen. Und es fügt sich ein in eine Reihe wirtschaftsfreundlicher Maßnahmen der Landesregierung.

Ich denke da etwa an den Landesentwicklungsplan, der aus unserer Sicht im Grundsatz die richtigen Weichen stellt, damit auch die planerischen Weichen für eine gute Wirtschaftsentwicklung richtig gestellt werden. Die Landesregierung hat dabei fest im Blick, dass das wichtige Rohstoffthema auch vor Ort angegangen werden muss. Was wir an heimischen Rohstoffen sichern können, sollten wir auch tun, statt wie häufig die Förderung und deren Landschafts- und Umweltauswirkungen auf andere Weltregionen abzuwälzen.

Beim Thema „Gips“ sollte noch nachgebessert werden, denn es geht hier um die Frage, ob und wie die Rohstoffsicherung im Südunderland langfristig ermöglicht wird. Genau dafür braucht es jetzt eine Festlegung im Plan, die sich zum Gipsabbau bekennt.

Auch das reformierte Vergabegesetz möchte ich an dieser Stelle erwähnen. Dieses deutlich vereinfachte und „entschlackte“ Gesetz ist sehr zu begrüßen. Wir haben uns als IHK intensiv eingebracht. Auch hier handelt die Landesregierung verantwortungsbewusst, indem sie sachfremde Ziele aus dem Umwelt- und Sozialbereich aus diesem Gesetz herausstreicht, bei dem es ja eigentlich nur um den ordnungsgemäßen Einsatz öffentlicher Mittel gehen soll.

Wir wissen, dass dies politisch im Landtag nicht immer einfach war. Umso lobenswerter ist hier insbesondere der Durchhaltewillen des Wirtschaftsministers Sven Schulze, der die Reform trotz aller Widerstände durchgezogen hat.

Doch natürlich unterstützen wir als IHK unsere Mitglieder nicht nur durch unser Eintreten für bessere Gesetze, sondern durchaus auch sehr konkret: So diente etwa eine Delegationsreise nach Hongkong und Vietnam – gemeinsam mit Unternehmen aus dem Ernährungsgewerbe – der internationalen Vernetzung und der Steigerung der Außenwirkung unserer Region. Neben dem Besuch einer führenden Fachmesse

standen zahlreiche Kontakte zu Unternehmen und politischen Entscheidungsträgern im Fokus. Die Rückmeldungen der Teilnehmenden waren durchweg positiv.

Ebenso erfolgreich war der diesjährige Wirtschaftsschutztag, den wir gemeinsam mit dem Landesinnenministerium ausgerichtet haben. Im Mittelpunkt stand das Thema Cybersicherheit – und wir konnten den Unternehmen wertvolles Wissen vermitteln, das unmittelbar hilft. Denn es gibt kaum ein Unternehmen, das nicht von der Gefahr durch Cyberkriminelle bedroht ist. Die Praxistipps bis hin zum Live-Hacking in der Veranstaltung halfen konkret, Gefahren zu ermitteln und zu verringern.

Gleiches gilt für unser Format „IHK-Boxenstopp“, das großen Zuspruch gefunden hat und praxisnah Hilfen für unternehmerische Herausforderungen bietet.

Mit dieser Reihe geben wir sowohl jungen als auch etablierten Unternehmen das nötige Rüstzeug an die Hand, um den betrieblichen Alltag zu meistern – von der Optimierung des Tagesgeschäfts bis hin zu Fragen der strategischen Unternehmenssicherung.

Die Kombination aus Online-Seminaren und persönlichen Sprechstunden sorgt dafür, dass Wissen nicht abstrakt bleibt, sondern unmittelbar im betrieblichen Alltag nutzbar wird.

Meine Damen und Herren, wir sehen: Die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bleiben herausfordernd. Aber zugleich zeigt sich, dass wir hier im Land entschlossen handeln – von der Landesregierung bis zur IHK.

Viele Maßnahmen, die in Sachsen-Anhalt angestoßen wurden, setzen wichtige und richtige Impulse, um unseren Wirtschaftsstandort zu stärken.

Doch ebenso deutlich ist: Diese regionalen Fortschritte werden nicht ausreichen, wenn auf nationaler und europäischer Ebene die dringend notwendigen Reformen weiter ausbleiben.

Deutschland und die EU müssen jetzt den Mut finden, entschlossen und konsequent Strukturen zu modernisieren, Wettbewerbsfähigkeit zu sichern und Bürokratie abzubauen – damit gute Initiativen vor Ort auch ihre volle Wirkung entfalten können.

Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Aufmerksamkeit und überreiche ich das Wort nun an Herrn Prof. Brockmeier für seinen Bericht.

Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Aufmerksamkeit!